

Den Reformaufbruch wagen!

Aufruf von über 250 Ökonomen an die politischen Entscheidungsträger zur Umsetzung der Agenda 2010

Deutschland steht vor einer entscheidenden Weichenstellung. Die dramatisch hohe Arbeitslosigkeit und die Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme erfordern eine fundamentale Neuorientierung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Nur so lassen sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen meistern, die technischer Fortschritt, Globalisierung und demographischer Wandel mit sich bringen.

In dieser Situation muss die Politik endlich ihre Fähigkeit zu substanziellen Reformen unter Beweis stellen. Weiteres Zögern oder Zugeständnisse an die Besitzstandswahrer in den einzelnen Interessengruppen führen Deutschland nur noch tiefer in die Sackgasse ökonomischen Stillstands. Wenn jetzt nicht konsequent gehandelt wird, dann droht der Anschluss an den in anderen Ländern längst begonnenen Anpassungsprozess endgültig verloren zu gehen.

Die Einleitung von Reformen dient auch der sozialen Gerechtigkeit. Wer auf Zeit spielt oder die nötigen Veränderungen behindert, verbaut Arbeitslosen die Rückkehr in Beschäftigung und riskiert den Kollaps der sozialen Sicherungssysteme. Betroffen wären davon gerade diejenigen, die der Solidarität durch die Gesellschaft bedürfen. Darüber hinaus gefährdet die Fortsetzung einer Politik der Unentschlossenheit die Zukunftsperspektiven nachwachsender Generationen.

Die Bereitschaft zur Veränderung ist in der Gesellschaft spürbar. Jedoch ist politische Führungsstärke erforderlich, um die Reformkräfte zu bündeln und die überfälligen Modernisierungen gegen den Widerstand der Bedenkenräger durchzusetzen. Die Rückkehr zu Wachstum und Vollbeschäftigung und die Herstellung von Nachhaltigkeit in der sozialen Sicherung sind möglich, wenn jetzt rasch und unbeirrbar Kurs auf die dazu notwendigen Reformen genommen wird.

Fehlanreize auf dem Arbeitsmarkt beseitigen

Die geplante Begrenzung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf 18 Monate, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe und die Leistungskürzung bei Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung sind Voraussetzungen dafür, dass einfache Tätigkeiten attraktiver werden und es sich für Arbeitslose wieder lohnt, eine Arbeit aufzunehmen. Das Ziel besteht darin, ihre Einkommen durch Erwerbsarbeit zu verbessern und so ein ausgetrocknetes Segment des Arbeitsmarktes neu zu beleben. Die Reform des Kündigungsschutzes trägt dazu bei, Einstellungs hemmnisse bei den Unternehmen abzubauen. Es ist falsch zu behaupten, die Leidtragenden solcher Veränderungen seien die sozial Schwachen. Ein Blick über die nationalen Grenzen zeigt, dass die in Deutschland alarmierend hohe Arbeitslosigkeit von Älteren und Geringqualifizierten keinem Naturgesetz folgt, sondern das Ergebnis von Fehlanreizen ist. Sie gilt es zu beseitigen, damit auch in Deutschland verbesserte Beschäftigungsperspektiven für alle Problemgruppen des Arbeitsmarktes entstehen können.

Mehr Generationengerechtigkeit bewirken

Leitgedanke einer nachhaltigen Rentenpolitik muss die Generationengerechtigkeit sein. Die Abschaffung von Frühverrentungsanreizen und die Anhebung des Renteneintrittsalters ersetzen kein umfassendes Reformkonzept wie die Ausweitung kapitalgedeckter Systeme. Sie sind jedoch zwingend notwendig, um die langfristige Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten und zukünftige Generationen zu entlasten. Erforderlich werden diese Korrekturen auch, weil die Erfahrung und die Produktivkraft der Älteren im Zuge des bevorstehenden demographischen Wandels benötigt



werden. Ergänzend sind flexiblere Entlohnungssysteme sinnvoll, um dem unternehmerischen Risiko bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu begegnen.

Monopole im Gesundheitswesen aufbrechen

Zur Bewältigung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist die Einführung des Leistungswettbewerbs zwischen den Krankenkassen ebenso unabdingbar wie das Aufbrechen verbandswirtschaftlicher Strukturen, die bislang einer deutlichen Kostensenkung auf der Angebotsseite im Wege stehen. Dies muss neben die nötigen Maßnahmen treten, die die Finanzierung der Krankenversicherung durch eine stärkere Kostenbeteiligung der Patienten, die Abkopplung der Beiträge von den Arbeitseinkommen oder eine Ausweitung des Versichertenkreises sichern sollen. Hinzukommen müssen kosten dämpfende Maßnahmen durch die Erleichterung von Kassenfusionen und die Aufhebung des Kontrahierungsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigungen. Der drohende neuerliche Anstieg der Krankenkassenbeiträge verlangt auch hier rasches Handeln.

Zuwanderung ökonomisch regeln

Das an politischem Zwist gescheiterte Zuwanderungsgesetz muss in einem zweiten Anlauf dringend verabschiedet werden. Der dazu notwendige inhaltliche Kompromiss muss zum Ziel haben, eine stärker an ökonomischen Kriterien orientierte Zuwanderung nach Deutschland zu etablieren. Deutschland benötigt aus demographischer und volkswirtschaftlicher Sicht ein Instrumentarium, das eine gezielte Auswahl von Zuwanderern und zugleich eine flexible Gestaltung der Zuzugszahlen gestattet.

Makroökonomischen Flankenschutz schaffen

Die Umsetzung struktureller Reformen in einer konjunkturellen Schwächephase ist nicht einfach. Um kurzfristige Anpassungsprobleme abzufedern, kann auf zusätzliche makroökonomische Impulse nicht verzichtet werden. Eine Doppelstrategie aus strukturellen Reformen und makroökonomischen Impulsen erleichtert die sozialpolitischen Modernisierungsanstrengungen. Eine Verstärkung von Infrastrukturinvestitionen und der Mittel für die Bildung von Humankapital ist dabei vorrangig. Durch Rückführung der konsumtiven Staatsausgaben und einen jetzt zu beschließenden, umfassenden mittelfristigen Subventionsabbau lassen sich die Ressourcen freisetzen, die den Staatshaushalten neue Gestaltungsspielräume eröffnen. Der Weg einer vorübergehend höheren Neuverschuldung ist angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage vertretbar, so lange dies die automatischen Stabilisatoren wirken lässt, kein neues Konjunkturprogramm begründet und die mittelfristige, nachhaltige Sanierung des Staatshaushaltes durch Sparen und Subventionsabbau absehbar bleibt.

Die von der Bundesregierung beabsichtigten wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Korrekturen markieren einen Kurswechsel hin zu mehr Arbeitseffizienz und mehr Entscheidungsfreiheit des Einzelnen. Es wäre folgenschwer, würden die in der „Agenda 2010“ im Sinne eines ersten Reformschrittes enthaltenen richtungweisenden Ansätze nicht mit der nötigen Entschlossenheit umgesetzt oder im parteipolitischen Ringen um die Meinungsführerschaft in der Reformpolitik zerrieben.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs appellieren an die politischen Entscheidungsträger, die Tarifpartner und alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, den jetzt endlich sichtbar gewordenen Mut zur Reform nicht durch kurzfristige partei- und interessenpolitische Erwägungen zu gefährden. Die Reformkonzepte der Opposition sind in vielem nahezu deckungsgleich mit der „Agenda 2010“. Eine breite politische Mehrheit für die Reformvorschläge der Bundesregierung ist erkennbar. Mehr denn je ist nun verantwortungsbewusstes Handeln der Politik erforderlich. Das gebietet auch den Verzicht auf taktische Manöver in Bundestag und Bundesrat, die zu neuerlichen Rückschlägen für den Modernisierungsprozess führen würden. Vom Gelingen des jetzt anstehenden Reformaufbruchs werden die Zukunftsaussichten Deutschlands entscheidend abhängen.



Nach: Aufruf von über 250 Ökonomen an die politischen Entscheidungsträger vom 24. Mai 2003

